

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher
Abholung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., ausfall. Postumschlag.

Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unentgelt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Quellenangabe:
„Saale-Ztg.“ gefastet.

Redaktion der Saale-Zeitung Nr. 1140;
der Geschäftsstelle Nr. 1138 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichs-
straße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Saale-Zeitung.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

weder die Spaltenpreise aber deren
Raum mit 20 Pfg., solche mit 20 Pfg.
berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von
unsern Anzeigenstellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Redaktion die Seite 75 P.

Ercheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17;
Anzeigen-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichs-
straße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 5.

Halle a. S., Dienstag, den 5. Januar

1909.

Die Strafprozeßreform.

(Internationale Kriminalistische Vereinigung. Tagung der
Deutschen Landesgruppe.)

Berlin, 4. Januar 1909.

Unter zahlreicher Beteiligung von hervorragenden Ver-
tretern der kriminalistischen Wissenschaft und der Reichs- und
Staatsbehörden begann heute die Deutsche Landesgruppe der
Internationalen Kriminalistischen Vereinigung die Beratung
ihres eigentlichen Arbeitsprogramms. Man sieht den
Verhandlungen mit um so größerem Interesse entgegen, als
diese vornehmste Vertretung der juristischen Wissenschaften
sich mit einer der einschneidendsten Fragen unseres gesamten
öffentlichen Lebens, der Strafprozeßreform, erneut
beschäftigen soll. Bekanntlich hat die Vereinigung diese
Materie bereits auf den Versammlungen in Frankfurt a. M.
und Wien besprochen, es ist damals aber aus formellen
Gründen nicht zu einem Beschluß gekommen.

Die eigentlichen Arbeitsverhandlungen begannen heute
vormittag mit einem

Generalreferat

über den Entwurf der Strafprozeßordnung.

Der erste Generalreferent Landgerichtsdirektor
a. D. Dr. A. Schrott (Berlin) betonte zunächst, daß eine
Reform unserer Strafjustiz in großem Maße nur möglich ist,
wenn Strafprozeß und Strafprozeß einheitlich neu geordnet
würden. Die Internationale Kriminalistische Vereinigung
habe deshalb, zuletzt noch auf ihrer Tagung in Wien, auf die
Bedürfnisse hingewiesen, die die Strafprozeßreform vor der Straf-
rechtsreform vorweg zu nehmen. Warum die Regierung
diese Warnung unbeachtet gelassen und inwieweit dabei
politische Momente, Rücksichten auf die Parteiverhältnisse,
eine Rolle gespielt hätten, entziehe sich seiner Kenntnis.
Jedenfalls bringe der Entwurf eine so erhebliche Zahl wirt-
schaftlicher Verbesserungen, daß sich die gesetzgebenden Faktoren zu
einer einfachen Ablehnung nicht entschließen würden. Es er-
scheine deshalb auch für die Internationale Kriminalistische
Vereinigung als das Richtige, sich auf den Boden der realen
Verhältnisse zu stellen und daran mitzuarbeiten, das aus
dem Entwurf das unter den gegebenen Verhältnissen er-
reichbare Beste werde. Die Sachlage sei jetzt eine andere als
bei der Tagung in Frankfurt a. M. vor zwei Jahren. Damals
habe der negative Beschluß genügt, daß die Vorschläge der
sogenannten Reformkommission als eine geeignete Grund-
lage für die Reform nicht erachtet werden könnten. Heute
gelte es, positive Arbeit zu tun und diejenigen Punkte des
Entwurfes zu besprechen, die einer Verbesserung bedürftig
wären. Der Referent führte dann die wesentlichen Verän-
derungen des Entwurfes gegenüber dem geltenden Gesetze an
und weist nach, daß selbst da, wo die Mängel des bisherigen
Verfahrens völlig erkannt seien und ihre Beseitigung beab-
sichtigt werde, der Entwurf vielfach auf halbem Wege stehen
bleibe, namentlich bezüglich der Gerichtsorganisation, des
Vorverfahrens und des Hauptverfahrens. Insbesondere sei
zu wünschen, daß die Zuführung von Schöffen auch in der
Berufungsinstanz erfolge, daß die gerichtliche Vorunter-
suchung eingeschränkt und ein mündliches Beschwerdever-
fahren in einfachen Fällen eingeführt werde, unter gleichzeitiger
Bestellung eines Verteidigers für jeden wegen Verbrechen
oder Vergehens Verhafteten. Jedenfalls könne der Entwurf
nur als erste Stufe der Reform aufgefaßt werden. Sobald
ein neues Strafrecht geschaffen werde, würde die Reform
weiter fortzuführen sein. Der Strafprozeß bilde den Grund-
müller für den politischen Sinn des Volkes, daher sei es
zu wünschen, daß sich das deutsche Volk bei der Reform des
Strafprozeßes hohe Ziele setzen möge. (Lebh. Beifall.)

Korreferent ist Geh. Justizrat

Professor v. Bist (Berlin),

der folgendes ausführt:

Wir bedauern auf das Lebhafteste, daß von Seiten der ver-
hänbten Regierungen dieser Weg der Reform gewählt wurde und
daß man nicht mit der Reform des Strafrechts, sondern der des
Strafprozeßes begonnen hat. Eine Reihe von Schwierigkeiten
können mit Rechtigkeit gelöst werden, wenn die Sache umgekehrt
wäre. Für uns wäre konsequenter gewesen zu sagen: wir lehnen
den Entwurf ab, wir fordern zunächst eine Reform des Strafgeset-
zbuches. Denn der Strafprozeß muß in einigen Jahren, wenn
das Strafgesetzbuch umgearbeitet wird, noch einmal eine gründliche
Umänderung erfahren. Es ist auszugehen, daß in dem Entwurfe
eine Reihe von Verbesserungen vorhanden sind. Entscheidend für
die große Wichtigkeit der Vereinigung bezüglich ihrer
Stellungnahme zu dem Entwurf ist die tatsächliche Lage. Die
Regierung will etwas schaffen und der Reichstag aus. Wenn wir
da nicht mitwirken, schaden wir unsern Einfluß aus. Unsere Zu-
stimmung zu dem Entwurfe ist aber nur eine bedingte. Wir
betrachten ihn als eine Grundlage für weitere legislative Arbeiten
unter folgender Voraussetzung: Wenn von Seiten des Reichstages
nicht die Zuziehung von Laien für die Berufungsinstanz geschaffen
wird, ist der Entwurf für uns unannehmbar; ferner wenn es nicht
gelingt, die Hauptverhandlung wirklich unabhängig zu machen
von den Akten der Voruntersuchung und dem schriftlichen Ver-
fahren. Gegen den § 154, der die Frage des Legalitätsprinzips
oder Opportunitätsprinzips regeln soll, erheben sich schwere juristi-
sche und politische Bedenken, desgleichen gegen den § 155, der den
Begriff des inländischen Rechtsgutes aufführt. Wenn zum Bei-
spiel in einer Kolonie von Ausländern in Deutschland durch Ver-

stellungen, etwa durch Nachforschungen, die Stittigkeit verletzt
wird, ist dann die deutsche oder die ausländische Stittigkeit ver-
letzt? Es gibt ja Leute, die behaupten, daß die Stittigkeit ein
spezifisch deutsches Rechtsgut sei. (Heiterkeit.)

In der Form, wie das Opportunitätsprinzip ohne Kontrolle
eingeführt wird, ist es für uns unannehmbar. Bei den Bestim-
mungen über das Verfahren gegen Jugendliche bedauern wir den
Wort der Verfasser des Entwurfes. Das ist eine Tat, die wir dem
Staatssekretär des Reichsjugendamtes danken, wenn wir auch gegen
einzelne Paragraphen unsere Bedenken haben. Wir brauchen vor
allem dringend ein Spezialgesetz für die Jugendlichen. Wenn
schon, wie offiziös angekündigt, eine Novelle zum Strafgesetzbuch
in Bezug auf die Strafe für Verleumdungen und die Beschränkung
des Wahrheitsbeweises eingebracht werden soll, warum wird nicht
auch ein solches Gesetz verlangt, das im Reichstage glatt durch-
gehen würde? Ganz verunglückt ist die Definition der Jugend-
lichen. Vor allem möglich, falls es zu einem Spezialgesetz für
Jugendliche kommt, dafür gesorgt werden, daß das, was wir
Jugendgerichte nennen, auch wirklich eingeführt wird, und daß
vor allen Dingen die Volksjury, die doch 83 Prozent der
gelanten Verurteilung ausmachen, die Befähigung erhalten, als
Schöffe bei Jugendgerichten zu fungieren. (Lebh. Beifall.)

In der

Diskussion

ergriff zunächst Oberbürgermeister A. Biedes
(Frankfurt a. M.) das Wort, der die Strafprozeßreform
vom Standpunkt des Richters aus behandelte. Der Zu-
sammenhang der Strafprozeßreform mit der politischen Lage
sei unerkennbar. Die Referate der beiden Referenten waren
getränkt mit einer starken Dosis wehmütvoller Resignation.
Im allgemeinen trete die Stimmung zutage: Es soll endlich
einmal etwas fertig gemacht werden. Man kann glauben,
daß uns mit dem Entwurfe ein sacrificium intellectus zu-
gemutet wird. Die allgemeine Lage ist folgende: Die Finanz-
frage ist gegenwärtig die, welche das deutsche Volk am meisten
beschäftigt. Alles andere tritt zurück, so lange diese große
Frage der Zukunft des deutschen Reiches nicht gelöst ist. Ich
bin der Meinung, daß unser ganzes politisches Leben augen-
blicklich von zwei politischen Empfindungen erfüllt ist. Wir
haben das Gefühl: Es muß eine große Reform kommen
in Bezug auf die ganze Organisation und Vereinfachung der
Verwaltung. Der Reichsanwalt hat es ja ausgesprochen, daß
der Gesichtspunkt zur Geltung kommen muß, daß nicht das
von höhergestellten Beamten getan werden soll, was unter-
geordnete Organe ausführen können. Das gilt auch für die
Justizverwaltung. Wie soll nun unser Beamtenum
den Anforderungen der Gegenwart entsprechend umgestaltet
werden? Die Frage ist vor 100 Jahren bereits
von dem Staatsmann Stein angefnitten
worden. Die Frage, wie unsere Gerichte vereinfacht
werden können, ist von elementarster Bedeutung für unser Volk,
weil der größte Teil unserer Staats- und Verwaltungs-
beamten eine juristische Schule durchgemacht hat. Wir sehen
sie für eine sehr schwierige Frage an, und ich glaube, die
allgemeine Stimmung ist da für eine solche Reform. Aber
es fehlt an einem einheitlichen Willen, sie durchzuführen. Man
scheut sich, die großen Interessen, die sofort auf dem Plane
erscheinen, wirklich energisch zu bekämpfen. Man hat nicht den
Mut, wirklich so durchzugreifen, wie es bei solchen Aufgaben
geschehen muß. Für eine gute Justiz kann aber keine Geld-
summe zu hoch sein. Wenn man sparen wollte, würde man
eine Justiz erhalten, die den notwendigen Anforderungen
der Allgemeinheit nicht entspricht. Eine ganz andere Frage
ist es aber, ob das Geld da ausgegeben werden soll, wo es
für die Güte der Justiz nicht gebraucht wird. Der Redner
wendet sich dann zu dem Thema der großen Schöffenorgane.
Die Frage ist berechtigt: Hat ein Richter in hoher Stellung
eine einflußreichere und wirksamere Stellung als zwei in
niedriger? Es wäre erstrebenswert, strikte vorzuschreiben,
daß als Vorsitzender nur fungieren darf ein Direktor oder
Richter in ähnlicher Stellung. Der Gesichtspunkt der Be-
freiung des Richters von allen Arbeiten, die untergeordnete
Organe ausführen können, ist in dem Entwurf nicht berück-
sichtigt. Ich bin der Meinung des konservati-
ven Professors Stein, daß die Befreiung des
Richters von überflüssigem Schreibwerk der
Anfang aller Reform sein muß. Im übrigen ent-
hält der Entwurf noch viel Schematismus und Formalismus.
Dies bezieht sich namentlich auf die Bestimmungen über die
Berufung, die im Entwurf ganz gleichmäßig eingeführt ist,
ohne Rücksicht auf das Vorverfahren. Man muß sich fragen,
ob die vollständig freie Berufung in diesem Umfange nötig
ist. Wenn ja, B. die Gültigkeit einer Polizeiverordnung
geprüft werden soll, wozu ist es dann notwendig, das in der
Berufungsinstanz zu tun? Es ist eine Erstgütterung des
Rechtsbewußtseins, wenn der Angeklagte ein neues Ver-
fahren herbeiführen kann mit dem Resultat, daß die Strafe
eventuell von 10 Mark auf 6 Mark herabgesetzt wird. Auch
in Bezug auf die Strafzumessung bietet der Entwurf rechtlich
viel Formalismus und Schematismus. Der Eiertanz
mit dem Strafzumessungsgründen sei eine Chimäre. Zu be-
grüßen wäre es, wenn die Möglichkeit einer Berufung wegen
der Strafzumessung beseitigt werden würde. Die Entschei-
dungen über den Entwurf werde wahrscheinlich aus politischen
Gesichtspunkten erfolgen, in der Stunde der Dämmerung
werde das Opfer des Intellekts gebracht werden. Wir kom-
men aber nicht darum herum, wir müssen uns dem Beamten-

staat heraus in einen Staat, in dem die Beamten nicht mehr
die Präponderanz haben wie bisher. (Lebh. Beifall.)

Staatsanwalt Heisenberger (Magdeburg)

pricht sich für die Beibehaltung der Kollisionshaft aus.
Der Verhaftete solle dem Staatsanwalt vorgeführt werden
und nicht dem Richter. Wir leben heute darunter, daß der
Verhaftete vernommen wird und der Staatsanwalt ihn nicht
zu sehen bekommt. Wenn er uns übergeben wird, haben wir
keine Veranlassung, ihn aus der Haft zu entlassen; wir
brauchen nicht richtiger zu sein als der Richter. Der
Staatsanwalt kann auch in 24 Stunden mehr festhalten als
der Richter, weil er viel bessere Mittel zur Verfügung hat.
Es kommen auch Fälle vor, daß jemand nicht verhaftet wird,
der hätte verhaftet werden müssen. Der Staatsanwalt kennt
in solchen Fällen das Vorleben des Angeklagten, der die
Untersuchung führende Richter aber nicht. Der Entwurf
hat allen ein Stückchen gebracht. Wenn er auch nicht alle
Mitteltürme reißt, so sollen wir uns doch auf den
Boden des Entwurfes stellen, von dem Gebanken ausgehend:
wenn man nicht Geld hat, um sich ein Diner zu leisten, wohl
aber um Brot zu kaufen, so soll man sich das Brot kaufen,
vorausgesetzt, daß es wirklich Brot und nicht Stein ist.

Professor Freudenthal (Frankfurt a. M.)

schlägt bei den Bestimmungen über die Jugendgerichte vor,
Lehrpersonen als Schöffen nicht zuzulassen, da diese ebenso
parteilich wie die Jünger bei Jagdbegehren urteilen würden.
Amtsgerichtsrat Hartmann (Berlin): Die Kriminalität
in Deutschland weise Zahlen auf, die erschreckend und be-
schämend zugleich seien. Die Schuld hieran trage die deutsche
Geschichte, die die Inquisitionsmagazine einführt. Dadurch,
daß gegen den Delinquenten vorgegangen wird, wird er erst
zum Anstehungsobjekt für andere, dadurch wird ihm die Mög-
lichkeit genommen, sich von dem Fall zu erheben. Die In-
quisitionsmagazine ist ein unwirtschaftliches Prinzip, sie hat
in Deutschland völlig abgewirkt. Ist es denn nötig, die
Strafprozeßreform immer mit anderen Augen anzusehen als
mit denen des Angeklagten selbst? (Lebh. Zustimmung.)
Wir kommen mit immer je vor wie die Bourgeois gegenüber
der großen Masse, aus der sich die Kriminellen in Folge der
wirtschaftlichen Notlage rekrutieren. Wir sind die fatten
Bourgeois, die gar nicht fähig sind, sich einzuzureuen in
den Standpunkt der vergebenden Wildde, auf die es ankommt,
wenn das Volk gefunden soll. Oberlandesgerichts-
präsident a. D. Hamn bedauert ebenfalls, daß der Ent-
wurf die Zuziehung von Schöffen in der Berufungsinstanz
nicht vorsieht. Das Argument, daß hier in schwach bevol-
kerten Provinzen Schwierigkeiten entstehen könnten, ist nicht
haltbar. Jedenfalls scheint aber dieser Einwand zu be-
weisen, daß der Entwurf aus den alten preußischen Pro-
vinzen stammt. (Heiterkeit.) Dieses Hindernis könnte man
beseitigen, indem man für die Provinzen Ausnahmen zu-
läßt und an Stelle der Schöffen gelehrte Richter nimmt.
(Widerspruch.) Der Entwurf ist großzügig und modern in
der Erweiterung des Schöffengerichts und der Behandlung
der Jugendlichen. Woher komme bei der Deutschen Landes-
anstalt, die doch stolz darauf ist, als revolutionär bezeichnet
worden zu sein, diese Resignation? — Oberlandes-
gerichtsrat Prof. Harburger (München) spricht sich
für Beibehaltung der Kollisionshaft aus, für die Belei-
tigung der Mündlichkeit im Revisionsverfahren und gegen
die Beschränkung der Berufung bei der Strafzumessung. —
Justizrat M. M. Roth (Breslau) erhebt gegen den Ent-
wurf eine ganze Reihe von Einwendungen vom Standpunkt
des Verteidigers bzw. Angeklagten aus. Zu verlangen sei
ein Beschwerderecht des Verteidigers gegen den Unter-
suchungsrichter. Der Entwurf wolle angeblich wie das Wäch-
chen aus der Fremde, jedem etwas bringen, für die Vertei-
digung bringe er aber gar nichts. — Nach weiterer Debatte
trat eine kurze Pause ein. (Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Zum Besuch des englischen Königspaares in Berlin.

Zu dem Besuch des englischen Königspaares in Berlin,
der, wie bereits telegraphisch gemeldet, nun doch verfest,
erfährt die „B. Z. a. M.“ von unterrichteter Seite: Jene-
falls kommt das Königspaar innerhalb des Monats Februar.
Schon jetzt werden Vorbereitungen getroffen, um einen wür-
digen Empfang zu bereiten. Zunächst entwirft der Kaiser
einen Umriß des beabsichtigten Programms, und seine
Vorschläge werden dem König Eduard mitgeteilt,
der seinerseits fundigt, ob ihm das Programm zulaßt, oder
ob ihm andere Arrangements lieber wären. Die beiden
Monarchen erleben diese Angelegenheit unter sich durch
privatpersönliche Korrespondenz, — ein ex-
pressiver Brief für die Besprechung der Beschlüsse zwischen
Ottel und Kew. Sobald der König seine allgemeine Zu-
stimmung erteilt hat, werden die Einzelheiten des Pro-
gramms genau ausgearbeitet. Dabei wird der Kaiser selbst
die maßgebenden Entscheidungen, sogar mit Bezug auf De-
tails, treffen. Der König und die Königin von England
werden im ersten Stod des königlichen Schlosses zu Berlin
Wohnung nehmen. Während ihrer Anwesenheit finden



...welche ... und eine ... Theater ...
... hat. Eine militärische ...
... hat. Eine militärische ...
... hat. Eine militärische ...

Die künftlichen Wittern.

Den Kernpunkt aller Betrachtungen beim Jahreswechsel bildet der Kampf gegen das persönliche Regiment nach der Persönlichkeitsfrage des Kaisererztrags im „Daily Telegraph“. Die „Kleinliche-Weltliche Zeitung“ (sein Blatt, mit dem wir sonst nicht sympathisieren) begrüßt es als eine „Gebung“ unserer ganzen Lage, als den Anfang zu einer Besserung und zu einem Fortschritt, daß der Wahn, in dem Deutschland lange gelebt habe, zerrissen und die „naakte Wahrheit“ an ihre Stelle getreten sei.

Was sich in den Oktobertagen dieses Jahres ausfülte und den Damm des Byzantinismus und Gottesgnadentums hinwegschwemmte, es hatte sich angeammelt in zwei Jahrzehnten. Es war aufgeteilt in den Kreisen aufrechter und klarblinder Staatsbeamten, die für ihre Arbeit und für ihre Warnung statt Anerkennung Ungnade geerntet hatten. Was Bismarck bewegte in den Tagen der Verbannung und Untätigkeit, das haben in milderer und winzigerem Maße die Bronzarts, die Miquels, die Posadowskys empfunden und ausgeprochen, die ein ähnliches Schicksal mit den großen Getreuen teilten.

Die Mißerfolge der kaiserlichen Politik wurden voll Schadenbringend und haben jetzt schließlich von den künftlichen Wittern des Deutschen Kaisers. Zusammen auch, wenn ein Diplomat alten Schlages von einem Vaterlandsfreunde angesprochen und angegriffen wurde wegen all der verkehrten Maßregeln, dann machte er schließlich seinem gereiften Herzen Luft mit den Worten: „Was können wir daran tun, wenn von allerhöchster Stelle fortwährend die besten diplomatischen Pläne gefordert werden?“ So kam die Stimmung gegen das persönliche Regiment in das Volk ...

„Die Wohltätigkeits-Anarchie“.

In der „Zeit am Montag“ finden wir aus der Feder Martin Hildebrandts einen Artikel „Die Wohltätigkeits-Anarchie“, über den sich diskutieren läßt. Der Artikelreiter sagt noch einer Steigerung der Geldsammlungen für Zeppelein, Rabob und Messina:

„Es werden Hunderte von Millionen Lire zusammengelesen, von denen man nicht weiß, was davon erachtet wird, was damit gutgemacht werden kann. Das größte Elend, das verursacht werden können, sie nicht mindert, denn bis die Sammlungen zusammengefallen, als die Zentralstelle abgeführt, von dieser an die Unterstellen weitergegeben und endlich durch Hunderte von Kanälen an die etwa Bedürftigen verteilt worden sind, vergeht eine geraume Zeit. Das eine, was sie vor der Hand bewirken können, ist das Gefühl bei den Betroffenen, es wird gesammelt. Daß das in jedem Falle ein Vorteil sei, darf bezweifelt werden, weil es der Energie der einzelnen, sich anzufassen, nicht gerade förderlich sein dürfte. Wie mancher freut sich heimlich, der Versicherung wegen, daß er abgenommen ist! Was praktisch für die unglückliche Bevölkerung gesehen kann, das kann zunächst nur aus der Nähe und aus der Volkstreuftätigkeit selbst gesehen werden. Das Heranführen von Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken, Obdachlosen, das Erreichen von Lazarets und der Kampf gegen den mitleidigen Ausbruch von Epidemien, der Steuererleichterung, die Einsetzung von Rotarissen usw. Daß sich an der Hilfeleistung die schwer menden Kräfte der Nationen beteiligen, die zufällig an Ort und Stelle waren, erscheint nur selbstverständlich. Die Frage liegt da ein, was das planlose Geben beginnt. Nicht das Geben, sondern seine Planlosigkeit sollte zu denken geben. Ebenso sollte zu denken geben, wie die Rechte der Geber (sowohl, als auch der Besohlenen) gesahrt werden. Der Geber kann verlangen, daß sein Geschenk denn zulässig, für die es bestimmt ist, und zwar ohne Auktionen, denn solche hat er an seine Gabe nicht geknüpft. Der Besohlene kann fordern, daß ihm die Verfügung über das Zugedachte nicht verümmert werde. Da es nicht das letzte Mal sein wird, daß sich die öffentliche Wohltätigkeit betätigt, so sollte das bürgerliche Gesetzbuch um Bestimmungen ergänzt werden, die diese Rechte sichern.“

Freilich kann das nur in intra muros seine Wirksamkeit haben. Das genügt aber auch. Denn mit dem, was über unsere Grenzen hinaus geschieht, verhalten sich Dinge, die über die Wohltätigkeit hinausgehen. Die Hilfsbereitschaft für Italien hat, bei uns, wie in anderen Ländern, einen politischen Beleg. — Ich meine, die Anarchie der Wohltätigkeit sollte endlich ein Ende haben, die planvoll vorauszusiehende Hilfeleistung sollte einsehen, die Frage der Selbsthilfe (Wohltätigkeit) erwohnen und dabei der englische Grundsatze nicht vergessen werden: „charity begins at home! Die Menschenliebe beginne im eigenen Hause!“

Parlamentarisches.

Die Arbeiten des Abgeordnetenhauses.

Sowohl im Reichstage wie im Abgeordnetenhause wird bei der Fülle dringlicher Aufgaben die sachgemäße Einteilung der Verhandlungen erhebliche Schwierigkeiten bieten. Ein Vorschlag, der viel für sich hat, geht dahin, nach dem 12. Januar eine etwas längere Pause in den Plenarberatungen eintreten zu lassen, damit nicht nur die Fraktionen zu dem Etat und zu den Besetzungsvorlagen Stellung nehmen können, sondern auch die Budgetkommission in die Lage versetzt wird, die Beratung des Mantelgesetzes zum Abschluß zu bringen. Bei dieser Art des Vorgehens würde der Vorteil erreicht werden, daß, wenn in die Beratung der ein Ganzes bildenden Besetzungsvorlagen eingetreten wird, auch die Ergebnisse der vorbereitenden Kommissionsberatungen vollständig vorliegen, insbesondere auch die für die Gestaltung der Besetzungsvorlagen wichtige Frage der Deduktion sich wohl übersehen läßt. Welcher Weg auch gewählt werden mag, in jedem Falle wird in die Einzelberatung des Etats erst im Monat Februar eingetreten werden können. Es handelt sich um die erste Etats-

beratung nach Neuwahlen, wobei erfahrungsgemäß die Erörterung politischer Fragen einen breiten Spielraum einzunehmen pflegt. Man rechnet daher bereits vielfach mit der Möglichkeit, daß die Festschließung des Etats erst nach der Osterpause stattfinden wird. Das aber würde zu der gewöhnlich unerwünschten Notwendigkeit führen, die Landtagsführung bis weit in den Sommer hinein zu verlängern.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der Kaiser hörte gestern vormittag die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts und des Chefs des Militärkabinetts und empfing die Herren Oberbürgermeister Bentler, Stadtvorstandsvorsteher Justizrat Dr. Stödel und Prof. Graf-Dresden.

— Die Reichstagswahl in Alzen-Ebingen ist, wie die „Darmst. Ztg.“ erfährt, auf den 16. Februar festgesetzt worden.

— Dieziehung der 1. Klasse 220. Königlich preussischer Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 12. Januar 1900, früh 8 Uhr, ihren Anfang nehmen.

Ausland.

Die französischen Senatswahlen.

Die Ergänzungswahlen für den französischen Senat haben am Sonntag stattgefunden. Gewählt sind 26 Republikaner, von diesen Neuen: 31 Radikale, davon 12 neu; 30 Sozialistisch-Sozialist, davon die Hälfte neu; ein unabhängiger Sozialist; 10 Progressisten, wovon vier neu; 5 Konservative, davon einer neu gewählt. Die Gesamtzahl der Gewählten beträgt 103. Die Ministeriellen gewannen 15 Sitze. 24 Stichwahlen sind erforderlich. Ministerpräsident Clemenceau ist im Departement Bar zum Senator wiedergewählt worden. Unter den Gewählten befinden sich auch Desjournelles, Constans, Jean Dupuy, Méline, Pierre Baubin, Sarrien, Trencinet, Maujan und Ribot. 15 Deputierte sind zu Senatoren gewählt.

Das Ergebnis der Wahlen wird von der gesamten Pariser Presse bejubelt. Die konservativen, nationalistischen und gemäßigt-republikanischen Blätter stellen mit Bedauern fest, daß der Radikalismus weitere Fortschritte gemacht habe. Die radikalen Blätter sind von dem Ergebnis außerordentlich befreut. Der Sieg ist ein vollständiger und unbestreitbarer. Das Land habe wieder einmal gezeigt, daß es auf der Seite der Republik liege. Die Regierung, die bei den Kammerwahlen so große Erfolge errungen habe, triumphiere auch bei den Senatswahlen.

Französische Friedensförderung in Marokko?

Aus Marokko kommt die Nachricht, daß am 30. Dez. ungefähr tausend französische Soldaten den Fluß im Arabien überschritten und sich bei dem zum Dufalastamm gehörenden Ueb Jorid in der Kasbah des Raïd Kani, der Mulan Hafid noch nicht anerkannt hat, einquartiert haben. Sie forderten den von Anbeginn an zu Mulan Hafid haltenden Raïd Trias auf, sich ihnen zu unterwerfen, widrigenfalls sie ihn vertreiben würden. Trias antwortete, daß er erstens zum Dufalastamm gehöre und nur im Einvernehmen mit diesem handeln würde, und zweitens von Mulan Hafid seinen Auftrag zu dieser Unterwerfung erhalten habe. Die französischen Offiziere erklärten, sie handelten im Auftrag Mulan Hafids, der ihnen freie Hand bis Marakech gegeben habe, was ihnen natürlich niemand ableugnen konnte. Die unmittelbare Folge dieses Vorgehens ist, daß die Ueb Trias und die Familie unter Mitnahme ihres Eigentums fliehen. Den Eingeborenen wurde von den Franzosen im Falle des geringsten Widerstandes mit tödlicher Vernichtung gedroht. In Marokko herrscht unheimliche Aufregung über diesen neuen französischen Verlust der Friedensförderung, zumal da Frankreich in dem völlig ruhigen Dufalastamm ein internationales Mandat zur Beruhigung hat, wie im Schauiagebiet. Es scheint, daß die kürzlich angekündigte Zurückziehung der französischen Truppen aus der Schauiagebiet darin besteht, daß das Militär aus der Schauiagebiet herausgeführt wird, was durch die französische Herausforderung ein Vermandt geschehen werden soll. Die Hoffnung auf ein Einverständnis der Algerier macht gegen diese neuen Maßnahmen wird wohl, wie schon so oft, vergeblich sein.

Ein japanisch-russischer Zwischenfall?

Nach einem der „Post“ aus Petersburg zugehenden Privattelegramm befehlen die Japaner eine Zerstörung der Kamikatsuka. Diese soll Hochreichthümer aufweisen und das umliegende Meer sehr hoch sein. Die Befehle dürfte diplomatische Verhandlungen mit Russland veranlassen, doch wollen die Japaner höchst energisch ihr angeblich gutes Recht verteidigen.

Der operierte Castro.

Präsident Cipriano Castro hat den Bemerk der Echtheit seines Lebens erbracht. Am gestrigen Vormittag ist er in Berlin von Professor Israel operiert worden. Die Operation, die in der Privatambulanz Professor Israel in der Augsburger Straße vollzogen wurde, verlief zur vollen Zufriedenheit. Die Operation betraf die Hebung eines Nierenlebens. Sie begann gegen 10 Uhr und endete um 1 Uhr. Ein Nierenlebens bestand nicht, wohl aber ausgedehnte Eiterung im Bauchfellraum. General Castro erklärte nach der Operation:

Er sei zufrieden, daß er operiert worden sei, denn dadurch erfahre die ganze Welt, daß er nicht nach Europa gekommen, um sich seinen Verantwortlichkeiten zu entziehen und daß er nicht einen Augenblick daran gedacht, was in Beneveza während seiner Abwesenheit geschehen könnte.

Während der Operation waren die Gattin und Schwester Generalis Castro sowie die venezolanischen Ärzte Fonseca, Acosta Luis und Dr. Cuevare Rojhas aus London in der Klinik anwesend.

Kleine Tagesnachrichten.

— Aus Honduras, Guatemala und Nicaragua werden bei Amapala Truppen zusammengezogen, um Saragor anzugreifen und den Präsidenten Zelaya zu fassen.

— In einer Vorstadt Kalkuttas kam es zwischen Mohammedanern und Hindus zu einem ernsten Zusammen-

stoß, so daß zur Wiederherstellung der Ruhe Militär herangezogen wurde. Aus dem Kampf gegen die Truppen wankten, gaben diese Feuer und töteten bezw. verwundeten verschiedene Personen. Es wurden 200 Verhaftungen vorgenommen.

— In Espahan sind neuerlich schwere Unruhen ausgebrochen. Die Stadt wurde von Bakhtiaren geplündert. Der Schaden ist beträchtlich.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 5. Januar.

Der neue Etat und die neuen Steuerzuschläge.

Wie wir unseren Lesern bereits vor Weihnachten mitteilen konnten, läßt sich der neue Etat nur durch Erhöhung der Zuschläge für beide Steuerarten um 6 Prozent ausgleichen. Er zeigt ein Defizit von 180 000 Mark.

Aber das dicke Ende kommt noch nach. Es ist bereits etwa zu Ende März ein Nachtragsetat angefündigt, der abermals neue Steuerzuschläge bringt. Wie viel, weiß man noch nicht; mindestens werden's doch weitere 6, wahrscheinlich aber weitere 12 Prozent! Ursache dafür ist das noch nicht verabschiedete Lehrerbefoldungsge-

Alles in allem können wir uns also auf 12 bis 20 Prozent Steuererhöhung gefaßt machen.

Der Magistrat gibt zu dem neuen Etat u. a. folgende Erklärung:

Bedeutungsvoll sind die materiellen Veränderungen des Haupt-Etats. Allerdings ist die Aufstellung nur unter Zugrundelegung der bereits bestehenden Verpflichtungen erfolgt. Es sind daher diejenigen Lasten unberücksichtigt geblieben, die ungewisshaft noch der Stadtgemeinde erheben werden durch die in Kürze zu erwartenden staatlichen Maßnahmen — namentlich durch die (e. v. s. i. h. j. o. g. a. r. a. u. f. d. a. s. V. o. r. j. a. h. r. a. u. s. d. e. h. e. n. d. e. n.)

Gehaltserschöpfung der Lehrer, durch den Wegfall des Staatsbeitrags zu der Volksschulverschöpfung und durch die Entzugs-minderung der Gemeinde-Einkommensteuer —

so daß bei Eintritt dieser Eventualitäten voraussichtlich für weitere 3—400 000 Mark Deduktion beschafft werden muß. Aber auch schon bei vorläufiger Aufrechterhaltung dieser zurzeit noch immensuren Bedürfnisse ergibt der Abschluß des Haupt-Etats einen Betrag von 10 030 500 Mark, gegen 9 193 300 Mark des Vorjahres, oder eine Steigerung von fast 840 000 Mark. Hieron sind zwar zur Feststellung des effektiven Mehrbedarfs die ca. 300 000 Mark betragenden Leistungen der Alterszulageanstalten abzuziehen, da diese bisher von dem Sparrenten-Konto verrechnung wurden und nur zur Vollständigkeits des Gesamtbilanz über die Ausgaben der Volksschulen in deren Etat als ein bei der Einnahme und Ausgabe durchlaufender Posten eingestuft sind (vgl. Kap. X. E. I. der Einnahme und II sowie III der Ausgabe). Immerhin verbleibt selbst nach Abzug dieses Postens noch ein Mehrbetrag von 540 000 Mark, zu dessen Festsetzung im allgemeinen auf die dem Etat vorgedachte Ueberflüssigkeit verwiesen und im besonderen noch folgendes bemerkt wird:

Kap. V zeigt infolge der Ausgabe einer neuen Anleihe-Abteilung von 2 Millionen Mark eine Vermehrung der Vergütung um ca. 80 000 Mark und der Tilgung um 25 000 Mark. Auch ist dieselbe, wenn auch nur mit einem kleinen Betrag, der Anfang gemacht, unproduktive, aus dem Vermögen bestirnte Erwerbungen, wie die der Burgruine und des Amtsgartens Gieschensleben, des Bürgerparks und der Trosther Felsen, zu amortisieren und dadurch die veranschlagten Vermittel nach und nach dem Substanzgehalt wieder zuzuführen. Die Erhöhung des Kap. VII um ca. 55 000 Mark ist im wesentlichen dadurch begründet, daß das bereits in den letzten 2 Jahren vorbereitete IX. Polizeirevier im nächsten Jahr durch Anweisung des letzten Drittels Sergeanten und durch Ausstattung mit einem Kommissar und zwei Wadmeistern im Ausbau zu vollenden und das neue Rohrmittel-Untersuchungsamt einzurichten ist. Der Mehrbedarf des Kap. VIII erklärt sich wiederum durch das Anwachsen der Provinzialabgaben, die fast ein Drittel Million Mark und ein Mehr von ca. 22 000 Mark gegen das Vorjahr erfordern. Die größten Ausgaben werden aber wie bisher — ganz abgesehen von den vorerwähnten noch zu erwartenden Lasten — durch die Schulen verursacht. Die um das Reform-Gymnasium (soll wohl heißen: Reform-Realgymnasium) (Die Red.) vermehrten höheren Lehranstalten verlangen ein Mehr von etwa 45 000 Mark, die Mittels- und Volksschulen — nach Abzug der vorgedachten 300 000 Mark Alterszulagebeiträge — ein solches von über 150 000 Mark, eine Vermehrung, die in letzterem Falle namentlich dadurch bedingt ist, daß für Volksschulbauten statt der bisherigen Jahresrate von 100 000 Mark eine solche von mindestens 150 000 Mark zur Deduktion des dringenden Bedürfnisses vorgelesen werden mußte. Ebenso weist der Armen-Etat, obgleich er ca. 13 000 Mark als gemeinnützige Angelegenheiten betreffend an Kap. XVII abgegeben hat, eine Vermehrung von 17 000 Mark, der Feuerlösch-Etat infolge der Einrichtung der neuen Feuerwache Eisd einen gleichen Mehrbedarf und einen noch höheren die Straßeneinrichtung nach. Kurz, überall sind Mehrausgaben unvermeidlich, meistens durch frühere Gemeindebeschlüsse oder durch die allgemeine Entwicklung bedingt, ohne daß ihnen entsprechende Maßnahmen gegenüberstehen.

In letzterer Beziehung ist zunächst darauf hinzuweisen, daß der Ueberflüß der letzten Kammerei-Rechnung um rund 38 000 Mark zurückgegangen, und auf Ueberflüß der fälligen Sparkasse auch im nächsten Jahre für Etatszwecke nicht zu rechnen ist, da, selbst wenn solche durch Besserung des Kursstandes eingehten sollten, sie teils zu den Kostausarbeiten im Amtsgarten, teils zu dem der Stadtgemeinde aufzulegenden Restaurierungsbau der Moritzkirche Verwendung zu finden haben. Weiter ist ein erheblicher Ausfall bei den indirekten Steuer zu erwarten. Die Schenkungssteuer, die im Vorjahre unter der Annahme, daß mit ihr nicht gleichzeitig die Bedürfnisfrage für Gas- und beschränkte Schenkungssteuer eingeführt werden würde, auf einen Ertrag von 90 000 Mark geschätzt worden war, ist nach den gemachten Erfahrungen mit höchstens 40 000 Mark einzukalkulieren. Die Umwälzsteuer wird infolge der allgemeinen Geschäftsdession einen Rückgang von ca. 20 000 Mark erleiden und aus gleichem Grunde bezw. wegen

der Fälle von Ermäßigungen und Befreiungsgründen in der Ordnung über die Wertzuwachssteuer, wird sie, die im Vorjahre nach dem Antrage einer starken Minorität der Stadtverordnetenversammlung mit 80 000 M. eingestellt werden sollte, kaum 30 000 M. erbringen.

Diesen Ausfällen gegenüber gewähren auch die Betriebswerke nicht genügenden Ersatz. Denn wenn auch das Gaswerk einen Mehrerlös von 67 000 M. und das Elektrizitätswerk einen solchen von 40 000 M. liefert, auf der Viehhof im nächsten Jahre zum ersten Male seit seinem Bestehen keinen Zuschlag erfordert, so erleidet doch wieder das Wasserwerk einen Ausfall von ca. 44 000 M. gegen das Vorjahr, da es für geboten erachtet ist, sich nicht wie bisher mit den taufmännischen Abschreibungen zu begnügen, sondern zur Konsolidierung des Werks 15 Proz. des Reingewinns einem besonderen Reservefonds zuzuführen.

Ebenso wenig werden die Mehrausgaben durch die natürliche Steigerung der direkten Steuern gedeckt. Allerdings ist hier bei Zugrundelegung der gegenwärtigen Zuschläge und bei der Annahme, daß die für das Einkommensteuergesetz in Aussicht genommenen Neuerungen den Ertrag nicht unter den des abgeschlossenen Jahres 1907 herabdrücken, eine Mehreinnahme in folgender Höhe zu erwarten:

bei der Gemeinde-Einkommensteuer mit . . .	159 800 M.,
bei der städtischen Grundsteuer mit . . .	29 700 M. und
bei der städtischen Gewerbesteuer mit . . .	38 670 M.
oder zusammen mit 228 170 M.	

Noch immer aber bleibt, wenn ein der Höhe des Etats nur lediglich disponiblen Dispositionsfonds von etwa 120 000 M. vorgehalten werden soll, ein Betrag von ca. 180 000 M. ungedeckt, welcher lediglich durch Erhöhung der derzeitigen Zuschläge zu den direkten Steuern zum Ausgleich gebracht werden kann.

Dieser Notwendigkeit gegenüber haben wir noch einmal die Frage prüfen zu müssen geglaubt, ob der Steuermeßbedarf wie in den letzten 10 Jahren durch

gleichmäßige Erhöhung der Zuschläge

der beiden direkten Steuern, der Einkommen- und der Realsteuer, statzufinden habe, oder ob eine stärkere Heranziehung der letzteren durch Geleß und Lokalverhältnisse geboten sei. Es lag diese Frage nahe, da nicht nur das bestehende Kommunalabgabengesetz den Schwerpunkt der direkten Gemeindebesteuerung auf die Realsteuer gelegt sehen will, sondern auch das kommende Staatseinkommengesetz denselben Gedanken dadurch zum Ausdruck bringt, daß es die in ihm vorgesehenen höheren Sätze der Gemeinde-Veranlagung verlegt, dagegen den bisherigen Ertrag durch einschneidende Befreiungen und Ermäßigungsdispositionen vermindert. Auch regte zu einer solchen Prüfung der Vergleich des Verhältnisses zwischen den beiden Steuerarten in anderen Städten an. Daß dasselbe in Halle für die Realsteuerpflichtigen besonders günstig ist, hat bereits bei der Beratung der Grundwertener in der Stadtverordneten-Sitzung vom 21. d. M. Erwähnung gefunden, die damaligen Ausführungen sollen nur noch durch folgende Beispiele aus Städten der Provinz Sachsen ergänzt werden. Während im Jahre 1908 die

Spannung zwischen den Zuschlägen der Einkommen- und der Realsteuer

in Halle 24 Proz. betrug, stellte sie sich in Calbe auf 68 Proz., in Dilschleben auf 58 Proz., in Naumburg, Eilenburg und Tangermünde auf 50 Proz., in Magdeburg auf 36 Proz. und in Erfurt auf 29 Proz., und erreichten die Realsteuern in einer dieser Städte eine Höhe von 253 Proz. Daß also eine Ueberlastung der Realsteuerpflichtigen im Vergleich zu anderen Städten hier nicht vorliegt, dürfte selbst bei Berücksichtigung des Grundlages anerkannt werden müssen, daß für Beurteilung derartiger Fragen nicht die nackten Zahlen, sondern zugleich mit ihnen die sie begründenden lokalen Verhältnisse in Betracht zu ziehen sind. Wenn wir schließlich trotzdem zu dem Beschlusse gelangt sind, es für diese Etats-ausschließung bei der bisherigen Spannung zu belassen, so beruht er im wesentlichen auf dem Gedanken, daß die kommende Staatsgesetzgebung ev. eine solche Umgestaltung der Gemeindebesteuerung bedingt, daß man mit letzterer richtiger bis zum Abschluß der ersten Periode. Folgt man aber wiederum dieser Auffassung, so ergibt sich, daß zur Deckung des vorgedachten Mehrbedarfs von 180 000 M. eine gleichmäßige Erhöhung der beiden Steuerarten um 6 Proz. geboten ist, da die zugrunde zu legenden Steuereinkommen im nächsten Jahre

bei der Einkommensteuer	19 064,88 M.,
bei der Grundsteuer	6 199,02 M. und
bei der Gewerbesteuer	3 577,36 M.
oder zusammen 29 741,26 M.	

betragen werden. Bei Umsetzung aber des hieraus resultierenden Steuerbedarfs in die Sätze der hier für die Realsteuern bestehenden besonderen Ordnungen ist

- a) für die Grundsteuer bei einem Gesamt-Nutzungswert von 20 253 080 M. ein Steuerfuß von 5,65 Proz. dieses Wertes und
- b) für die Gewerbesteuer bei Zugrundelegung der staatlichen Gewerbesteuer von 314 693 M. ein Satz von 209,15 Proz. der letzteren

vorzuziehen. Hierdurch wird für die Gewerbesteuer zwar der Satz von 200 Proz., damit aber keineswegs die Regel des § 54 Absatz 4 überschritten, da nach der dem Kap. XVII beigefügten Erläuterung dies nur in dem hier nicht vorliegenden Falle zutrifft, daß die Summe beider Realsteuern den Betrag von 200 Proz. übersteigt. Im übrigen würde, selbst wenn diese Auslegung nicht gebilligt werden sollte, die Ausnahme von der Regel — wie in so vielen anderen Gemeinden auch hier — durch eine außerordentliche Genehmigung der höheren Anstalt leicht sanktioniert werden können.

Hierauf schließen wir unsere Ausführungen mit dem Antrage:

Stadtverordneten-Versammlung wolle für das Rechnungsjahr 1909

1. den Stadthaushaltsplan nach Maßgabe unseres Entwurfs in Einnahme und Ausgabe auf 10 030 500 M. festsetzen, die Erhebung folgender direkter Steuer beschließen:
 - a) 160 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer unter Freilassung der ein Einkommen von 420—660 M. umfassen den Steuerstufe,
 - b) 184 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer in Form einer Gemeindegrundsteuer von 5,65 Proz. des jährlichen Nutzungswertes der steuerpflichtigen Grundstücke,
 - c) 184 Proz. der sich aus der besonderen Gewerbesteuerord-

nung der Stadt Halle ergabene Steuerhöhen (= 290,15 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer),
3. die Kanalabnutzungsgesetze gemäß § 3 Absatz 2 der Gebäudereinigung vom 17. Januar 1905 auf 0,6 Proz. des Nutzungswerts der angeschlossenen Wohnungen festsetzen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 4. Januar.

Am Vorstandstisch Herr Geheimer Kommerzienrat Steiner.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Wahl des Vorstandes.

Sie erfolgt durch Zettel. Herr St. v. Probst und Herr St. Döbler übernehmen das Amt der Vorsitzenden. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden erhält von 45 Stimmen der bisherige Vorsteher Herr Geheimer Kommerzienrat Steiner 36 Stimmen, 3 Stimmen lauten auf Herrn Geheimer Schmidt-Rimpler, 6 Zettel sind unbeschrieben. Herr Steiner ist somit wiedergewählt.

Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden werden 51 Stimmen abgegeben, 46 entfallen auf den bisherigen Inhaber Herrn Justizrat Köppling, der damit gewählt ist, 1 auf Herrn Steiner und 4 Zettel sind unbeschrieben. Die Wahl zum ersten Schriftführer ergibt 24 Stimmen für Herrn Oberlehrer am Stadtmagistrat Prof. Dr. Bangert, 19 auf den bisherigen Schriftführer Herrn Baumeister Gogas, je eine Stimme für Herrn Döbler, Giese, Greßler, Herr Bangert ist somit gewählt.

Bei der Wahl des zweiten Schriftführers entfallen auf Herrn Fabrikanten Greßler, den bisherigen Inhaber des Amtes, 49 Stimmen, 1 Zettel war unbeschrieben. Herr Greßler ist also wiedergewählt.

Danach gibt der Herr Vorsteher die Eingänge bekannt. Eine Eingabe der Frau des früheren Feinbild-Brüdenspülers Seebach wird zu den Akten gelegt, da der betreffende Antrag — Schadenersatzklage gegen die Stadt — noch schwebt. Zurildelagert wird ferner eine Eingabe des Hallischen Bürgervereins wegen Ankaufs des Zoologischen Gartens.

Danach wird unter Punkt 2 eine Kommissions-Kommission gewählt, die Vorschläge für die Neuwahl der Kommissionen und Deputationen zu machen hat.

Punkt 3 betrifft eine Interpellation:

„Wie stellt sich der Magistrat zu der Frage einer anderweitigen Freilegung der Höhe des Wohnungsgeldzuschusses für die Stadt Halle?“

Herr St. Seimede begründet die Petition etwa folgendermaßen:

Halle gehörte bisher der Klasse 1 an, jetzt ist es in bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß in Klasse C rangiert worden, für die folgende Sätze angenommen sind: 810 M. für Oberbeamte, 540 M. für mittlere, 290 M. für Unterbeamte und 400 M. für weisliche Angestellte. Die neue Einreihung in Klasse C läßt sich auf jene Ermittlungen, die i. Zt. angefertigt worden sind, um die Wohnungsverhältnisse der Beamten, die gezahlten Mieten festzustellen. Alle Sätze, für die der Einheitspreis eines Zimmers auf 121—160 M. im Durchschnitt ermittelt ist, sind jetzt in Klasse C eingereiht. Halle aber mit 158 M. steht nahe an der Grenze zu Klasse B, und es müßte in diese Klasse hinein, wenn man besondere Verhältnisse, die für Halle bestehen, berücksichtigt. Seit 1907, seit jener Enquete, sind hier die Mieten um 10 Prozent durchschnittlich gestiegen, die gezahlten Mieten festzustellen. Alle Sätze, für die der Einheitspreis eines Zimmers auf 121—160 M. im Durchschnitt ermittelt ist, sind jetzt in Klasse C eingereiht. Halle aber mit 158 M. steht nahe an der Grenze zu Klasse B, und es müßte in diese Klasse hinein, wenn man besondere Verhältnisse, die für Halle bestehen, berücksichtigt. Seit 1907, seit jener Enquete, sind hier die Mieten um 10 Prozent durchschnittlich gestiegen, die gezahlten Mieten festzustellen. Alle Sätze, für die der Einheitspreis eines Zimmers auf 121—160 M. im Durchschnitt ermittelt ist, sind jetzt in Klasse C eingereiht. Halle aber mit 158 M. steht nahe an der Grenze zu Klasse B, und es müßte in diese Klasse hinein, wenn man besondere Verhältnisse, die für Halle bestehen, berücksichtigt.

Seit 1907, seit jener Enquete, sind hier die Mieten um 10 Prozent durchschnittlich gestiegen, die gezahlten Mieten festzustellen. Alle Sätze, für die der Einheitspreis eines Zimmers auf 121—160 M. im Durchschnitt ermittelt ist, sind jetzt in Klasse C eingereiht. Halle aber mit 158 M. steht nahe an der Grenze zu Klasse B, und es müßte in diese Klasse hinein, wenn man besondere Verhältnisse, die für Halle bestehen, berücksichtigt.

Seit 1907, seit jener Enquete, sind hier die Mieten um 10 Prozent durchschnittlich gestiegen, die gezahlten Mieten festzustellen. Alle Sätze, für die der Einheitspreis eines Zimmers auf 121—160 M. im Durchschnitt ermittelt ist, sind jetzt in Klasse C eingereiht. Halle aber mit 158 M. steht nahe an der Grenze zu Klasse B, und es müßte in diese Klasse hinein, wenn man besondere Verhältnisse, die für Halle bestehen, berücksichtigt.

Herr Bürgermeister v. Hollz führte demgegenüber namens des Magistrats aus:

Wir nehmen, wie das Interesse unserer städtischen Beamten, so auch das Interesse der Reichs- und Staatsbeamten wahr. Aber hier ist zweierlei zu bedenken: 1. Ist die Forderung begründet? 2. Ist das Wohl der Stadt, der Allgemeinheit, nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen, wenn wir einzig das Interesse der Beamten erfüllen? Zu 1. muß ich sagen, daß der Magistrat diese Wünsche der Beamten nicht für berechtigt hält. Das Geleß über den Wohnungsgeldzuschuß ist sorgfältig vorbereitet; jeder Beamte hat sagen müssen, was er Miete zahlt, und außerdem hat die Polizei nach Ermittlungen angeheißt. Und auf Grund dieser einwandfreien Zahlen ist dann Halle in Klasse C gebracht. Uebrigens hat unser Statistisches Amt für ein Zimmer nur einen Durchschnitts-Einheitspreis von 127 M. ermittelt. Nicht zureichend ist ferner, daß die Steuerverhältnisse, selbst wenn sie so ungünstig waren, bei dem Wohnungsgeldzuschuß mitberücksichtigt werden dürfen. Nur die Wohnungsmiete kam nach der ausdrücklichen Anordnung in Frage. Uebrigens soll ja auch jene Vergütung nur als ein Wohnungsgeldzuschuß, nicht als eine Vergütung der Miete angesehen werden. Weiter ist energisch zu betonen, daß gegen die bisherigen Sätze von 660 M. bzw. 432 M. und 270 M. aus der Zeitzeit, wo Halle noch zu Klasse I gehörte, die Klasse C eine erhebliche Aufbesserung: 810 M. bzw. 540 M. und 290 M. bringt. Halle befindet sich in Klasse C in sehr guter Gesellschaft: Hannover, Straßburg, Magdeburg sind auch in Klasse C. Ob der erhöhte Mietzuschuß wirklich immer in Halle bleibt? Das steht auch dahin; vielleicht wird er auswärts für Weisen ausgegeben. Kurz, der Magistrat steht auf dem Standpunkt: das Geleß ist gut, es wäre vergeblich, einen Vorstoß dagegen zu unternehmen. Und nun zur zweiten Frage: Sollen wir nicht der Allgemeinheit, wenn wir hier dem Verlangen der Beamten nachkommen? Jamohl! Dann müßten wir auch

das Wohnungsgeld unserer Lehrer erhöhen, ganz abgesehen davon, daß unsere städtischen Beamten doch nicht ganz leer ausgehen dürften. Unser Statistisches Amt, dessen neuer Leiter Herr Direktor Dr. Wolff alle Anerkennung für die treffliche Fortführung des Amtes verdient, hat darüber Berechnungen angeestellt. Wir zahlen an unserer Lehrer insgesamt 321 000 Mark Wohnungsgeld, 46 000 an die Oberlehrer, 275 000 an die Mittel- und Volksschullehrer. Gingen jene Wünsche durch, so hätten wir mehr zu zahlen an die Oberlehrer 23 450 M., an die anderen Lehrer 121 814 M., zusammen 145 900 M. Das würde eine Erhöhung der Einkommensteuer um 6,7 Prozent bedeuten! Glauben Sie, daß wir das vor unsern Mitbürgern verantworten können, nachdem wir jetzt schon mit 6 Prozent Erhöhung kommen und zum März, infolge des Steuerbesoldungsgesetzes ein Nachtragssatz folgt, der mindestens 6 bis 7 Prozent Erhöhung, maßgeblich aber 10—12 Proz. Erhöhung bringt, wenn nämlich das Angehörige geschieht, daß wir für 1908 nachzahlen müssen! So sehr wir den Beamten alles Gute wünschen, so große Opfer kann man der Bürgerchaft wirklich nicht gammen!

Die Verammlung geht auf die Interpellation nicht näher ein, ein Antrag auf Besprechung nicht gestellt wird. Die Sache ist damit erledigt.

Der Magistrat Herr Ernst Weiß, hier, läßt auf seinem Grundstück Ecke Fändelstraße und Adolfsufer einen Neubau errichten. Nach der planmäßigen Fluchtlinie hat Herr Weiß ca. 1 Quadratmeter Land von dem Grundstück zur Straße abzutreten, während er eine Parzelle von ca. 19 Quadratmeter Größe aus letzterem zum Grundstück zu erwerben hat. Beide Flächen hat der Magistrat mit 20 Mark pro Quadratmeter bewertet. Weiß hat sich bereit erklärt, die zur Straße abzutretende Parzelle gegen eine gleich große Fläche des zum Grundstücke entfallenden Landes auszutauschen und den Rest des letzteren (ca. 18 Quadratmeter) zu dem vorgenannten Preise zu erwerben. Die Verammlung beschließt jedoch gemäß dem Antrage des Bauauschusses, 60 Mark pro Quadratmeter in Anrechnung zu bringen. (Herr St. v. Probst.)

5. Die Arbeiter des Stadtbauamtes bitten um Aufhebung ihres Wohnens und um Beschäftigung von maßgeblichen Umständen. Die Eingabe wird dem Magistrat zur Erwägung überwiehen. (Herr St. v. Probst.)

6. Der festgesetzte Höhenplan für die Wörth-Strasse scheidet trotz des festigen Bodens größeren Abtrag im Straßenprofil vor. In Rücksicht auf die vorhandenen Gebäude erscheint eine Abänderung der Höhenlage der Straße und infolgedessen auch der in diese einmündenden Korbtstraße notwendig. Die Verammlung stimmt zu. (Herr St. v. Probst.)

7. Das Kollegium beschließt, daß die Restparzelle des dem Hospital St. Coriaci et Antonii gehörigen Adlerplans Nr. 31 und Nr. 42 von zusammen 7,89,66 Bektar Größe vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1915 für den jährlichen Pachtzins von 40 M. für den Morgen = 1207,23 M., nach den Vertrags-Bedingungen an Frau vermittelte Gina Dehoff geborene Thiele, hier, verpachtet werden. (Herr St. v. Probst.)

Neue Beschläger für unsere städtischen Volksschulen.

Das in unseren städtischen Volksschulen eingeführte dreifachändige Verzeichnis der höchsten Klassen, Sätze und Mieten ist in seiner neuen, nützlich umgearbeiteten Ausgabe schon am Unterrichtsminister zur Einführung genehmigt worden. Mit dem Druck der neuen Auflage, die im Verlage von Herrn Schmidt, hier, erscheint, wird sofort begonnen werden, so daß die Einführung an unseren Schulen vorausichtlich schon zu Ostern d. J. erfolgen kann.

Die zweifelhafte, meist in Landbüchern benutzte Ausgabe, erscheint auf Anordnung des Ministers nicht neu. Auch die bisherige alte dreibändige Ausgabe kann auf Wunsch weiter bezogen werden, was für die Uebersetzzeit, und namentlich für das Jahr 1909 von wesentlicher Bedeutung ist.

Herrn Rechnungsrat Wolke, dem langjährigen Kassendirektanten und Quästor an unserer Alma Mater Fridericiana wurde anlässlich seines Jubiläums vom Könige der königliche Kronenorden dritter Klasse verliehen.

Uebersicht der mittleren Post- und Telegraphenbeamten. Die letzte geschäftliche Sitzung war infolge des ungünstigen Tages nicht sehr besucht. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen wurde die an den Reichstag abzuhandelnde Petition wegen anderweiter Regelung des Wohnungsgeldzuschusses für die Stadt Halle besprochen. Der vom Vorstehenden vorgelegte Entwurf wurde genehmigt und ihm der Dank der Verammlung ausgesprochen. Sodann wurde in eine Besprechung der ersten Lesung der Besoldungsvorlage eingetreten. Man gab der freudigen Begrüßung Ausdruck über die einmütige Kundgebung des Reichstages zugunsten des mittleren Postbeamten. Hauptsächlich ging es dem Reichstages, die beschiedenen Forderungen der Postbeamten durchzuführen. Ein Artikel der Täglichen Rundschau, welcher sich mit der Rede des Zentrumsgesandten Roeren zum außerordentlichen Verbandstage, mit der Person des Reichstagsabg. Hamacher und mit dem Verbandstage selbst beschäftigte, fand lebhaften Widerspruch.

Provincial-Nachrichten.

Wegen des Elitemps bei Steuerfragen.

Merseburg, 3. Januar. Vom hiesigen Haus- und Grundbesitzerverein und den beiden hiesigen Bürgervereinen für städtische Interessen soll dieser Tage den städtischen Behörden folgendes Schriftstück überreicht werden:

An der Stadtverordneten-Versammlung vom 24. M. ist die Einführung einer Steuer nach dem gemeinen Wert und die Erhebung einer Umschlagsteuer bei Veräuf von Grundstücken für die Stadt Merseburg beschlossen worden, nachdem von der Absicht, solche Steuern einzuführen, die Öffentlichkeit zum ersten Male durch die Bekanntmachung der Tagesordnung vom 12. Dezember 1908, also zwei Tage vorher unterrichtet worden war. Es handelt sich um Steuern, über deren Notwendigkeit bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt an sich hier nicht gerichtet werden soll, jedenfalls aber haben sie die Eigentümlichkeit, die Bürgerchaft nicht gleichmäßig zu belasten, sondern — und zwar in erheblicher Umfange — nur bestimmte Gruppen und sie stellen in der Besteuerung der Einwohner von Merseburg etwas völlig Neues und Ungeübtes dar. Wenn auch nach der Annahme der unterzeichneten Vorstände die Mitglieder der von ihnen vertretenen Vereine ebenfalls die anderen Bürger bereit sein werden, an sich nicht

Wendige Steuern zum Behen der Allgemeinheit auf ihre Schultern zu nehmen, so muß doch gegen das bei dieser Gelegenheit beobachtete Verfahren Protest eingelegt werden. Bei der hohen Wichtigkeit der Steuererlagen und ihrem tiefen Eingreifen in das Erwerbseinkommen des einzelnen erscheint es im Gegensatz z. B. zu dem auch bei der Einführung neuer Steuern geübten Praxis nahezu beispiellos, daß die höchsten Behörden es nicht nur unterlassen haben, vor der Beschlußfassung eine Beratung der allein betroffenen Interessengruppen und der sie vertretenden Vereine herbeizuführen, sondern sogar ein Verfahren eingeschlagen hat, das eine solche Stellungnahme wegen der Kürze der Zeit von vornherein unmöglich machte. Es entspricht nach der Ansicht der unterzeichneten Vorstände diese Behandlung der Angelegenheit nicht den höchsten Rücksichtnahme, die die steuerzahlende Bürgererschaft in den höchsten Körperlichkeiten erwarten kann. Es bitten daher die Unterzeichneten, in ähnlichen Fällen künftig ein bezügliches, übrigens von dem Verfahren anderer Städte aufwändig abweichendes Vorgehen tunlichst zu vermeiden."

Mord und Selbstmordverlauf.

— **Mörder** (Kreis Morbis), 4. Jan. Mordmord aus verschämter Liebe bog ein polnischer Landarbeiter mit einem eigenen dazu in Dornsdorf gefassten Revolver an einem 15jährigen Mädchen aus Eisen. Er brachte dem Mädchen, das ihn verführte, zwei tödliche Schüsse in den Kopf bei und verlor dann, sich selbst durch einen Schuß in den Mund zu entleeren. Der Mörder blieb am Leben und wurde von Genarmen auf der Flucht verhaftet und ins Gefängnis Morbis übergeführt.

Brandunglück.

Eisenbahn, 4. Jan. Sonnabend abend brach im Grundstück des Herrnmanns J. Florbet Feuer aus, das auch auf das Nachbargrundstück übergriff. Beide Gebäude wurden gänzlich eingeäschert. Die Wohnungsinhaber verloren fast ihre sämtliche Habe. Die Ehefrau Florbet und ihr 3 Monate altes Kind erlitten schwere Brandwunden.

Raubmörder Sternfeld endlich verhaftet?

(1) Zersch, 4. Jan. Die Spur der in Dornsdorf bei einem Gutshof am 28. bis zum 31. Dezember als Schweißer in Stellung gewesenen Person, in der der seit 3 Jahren wegen Brandstiftung und Raubmordes geflüchtete Mörder Sternfeld vermutet wurde, führte, wie von unserer Polizei festgestellt wurde, nach Kitzbühel bei Zersch. Der Oberpostinspektor Wessel, früher in Halle, und der Kriminalkommissar Huth sind gestern dorthin gereist, haben weitere Ermittlungen angestellt und die fragliche Person auf dem Kitzbüheler Gute, wo sie Beschäftigung gefunden, getroffen. Die Personalfisten des Fremden, der sich Julius Kaufmann nannte, jedoch keine Legitimationspapiere im Besitz hatte, stimmten mit der Abbildung des geflüchteten Raubmörders Sternfeld überein. Die in den Fahndungsblättern gegebene Beschreibung des Raubmörders Sternfeld (Alter, Größe, Statur, Haar, Gesicht, Stirn, Bart, Zähne) trifft ebenfalls auf den sich Julius Kaufmann nennenden zu, und die sonstigen Merkmale sprechen für eine Identität mit dem Raubmörder Sternfeld. Die fragliche Person wurde durch den schnell herbeigekommenen Festhüter in das Amtsgerichtsgefängnis zu Zersch eingeliefert. Auf die Ergreifung des Sternfeld ist bekanntlich eine Belohnung von 1000 Mark angesetzt. Nachträglich ist festgestellt worden, daß der angeführte Julius Kaufmann in einer Kneipe in Dornsdorf kurz vor seinem Verschwinden erzählt hat, daß er gelernter Müller sei.

* **Magdeburg**, 4. Jan. (Weitere Verhaftungen wegen Brandstiftung.) Unter dem Verdacht der Pflanzwissenschaft bzw. der Beihilfe an der Brandstiftung im Saal-Etablissement „Winkelstein“ in der Leipzigerstraße sind jetzt auch noch die Ehefrau des Restaurateurs Schöber sowie dessen Schwiegermutter festgenommen worden. Das Dienstmädchen, das ebenfalls im Verdacht der Pflanzwissenschaft stand, wurde nach seiner Eiltierung zur Polizei wieder auf freien Fuß gelassen.

* **Neustadt**, 2. Jan. (Die Jückerfabrik Neustadtens) legte am Mittwoch ihr 15jähriges Bestehen.

— **Stendal**, 3. Jan. (Menschliche Baurenfahrt) befindet sich, wie in anderen ähnlichen Kirchen auch in der zu Dannefeld. Sie ist jetzt mit einem lebenden Reh überzogen worden, da sie sonst mit dem Reh zerfallen würde. Es sind das die Bahnen, die aus der Zeit übrig geblieben sind, als dem von Sodenen entlassenen Großen Kurfürsten sich die Bauern zur Verteidigung des Landes zur Verfügung stellten. Sie verriegelten sich Baumer mit der Aufschrift: „Wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unsern Kurfürsten mit unserm Blut.“

— **Freudenb.** 3. Jan. (Ein Opfer des Glattes) wurde heute morgen in der Dämmerung die Frau des in der Ludowigstraße wohnenden Agenten Herrlich, die im Hofe hinfiel und einen Doppelschuß des linken Fußes davontrug.

* **Euhl**, 3. Jan. (Niederlandzentrale.) Auf Veranstaltung der Bahnergebnisse fand heute eine sehr zahlreiche Besondere Versammlung statt, in der bei der Anlage einer elektrischen Ueberlandzentrale für die hiesige Stadt und viele umliegende Ortschaften und die Errichtung einer Stadt- und Fernbahn Beschlüsse werden sollten. Für die erste ist großes Interesse vorhanden, und es soll versucht werden, sie in Form einer Genossenschaft m. B. H. ins Leben zu rufen.

— **Wismar**, 2. Januar. (Neue Bestattungsordnung.) Mit dem neuen Jahre ist hier eine Neuordnung des städtischen Bestattungswesens in Kraft getreten. Durch diese Neuordnung tritt eine wesentliche Vereinfachung und Besserung ein.

— **Jena**, 1. Januar. (Um 2 Pfennig!) In einer Zusammenkunft der großherzoglichen Steuerkommission in Jena heißt es: „Mit Bezug auf 8 des Gesetzes über die Zwangsbeiträge 1890 werden Sie aufgeföhrt, 2 Pf. Grundsteuer für 2. Vierteljahr, deren Entrichtung an die großherzogliche Steuereinnahme in Jena innerhalb der gesetzlichen Frist nicht erfolgt ist, unter Angabe des Zeichens... binnen 14 Tagen an uns zu entrichten, widrigenfalls zur Zwangsbeitreibung geschritten wird. Die Einhebung durch die Post ist portofrei und befreit von Verzinsen.“ — Kein Zweifel: St. Bureauintrant lebt noch!

— **Wöb**, 1. Jan. (Endlich mal eine betriebsfähige Leitete.) Ueber einen Konturs, bei dem nicht nur die Gläubiger voll betriebsfähig sind, sondern auch noch ein Ueberfließ vorhanden ist, wird aus Ottendorf berichtet. Bei der bevorstehenden Schlussverteilung über den Nachlaß des verstorbenen Mühlenscheiters Louis Wille in Ottendorf sind 43 Mark 17 Pf. bevorrechtigte und 11 300 Mark 48 Pf. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen, während der verfügbare Nachlaßbestand 15 441 Mark 79 Pf. beträgt.

Unterhaltungsblatt.

Unterhaltungsblatt. Sündige Mütter. Roman von Anna Mothe. (Fortsetzung.) — Der Pfarrer vom Gsteig. Ein Lebensbild aus den Biederichischen Alpen von Emil Belsch. — Bunte Zeitung. Aus dem Reiche der Presse.

Die Erdbebenkatastrophe in Süditalien.

Die Erdbebe in Messina dauern noch an und rufen große Bedrückung hervor. In Montelone wurden neue heftige Erdbebe verspürt. In der letzten Nacht wurden nicht weniger als hundert getötet. Die Bevölkerung ist von neuem Entsetzen verfallen.

In den meisten Blättern Italiens führen die nach dem Erdbebengebiet entsandten Korrespondenten bittere Klage über schwere Mängel in der Organisation der Rettungssaktion.

So telegraphiert der Berichterstatter des „Corriere della Sera“ aus Messina, „es fehlt immer noch an Schiffen“. Die Barken sind voll von Flüchtlingen, irren um den Hafen umher und werden zurückgewiesen, weil alle Schiffe schon überfüllt sind. Tausende von Verwundeten hätten befreit werden können, wenn rechtzeitig 10 000 Mann mit 5000 Soldaten am Platze gewesen wären. Sechshunderttausend hungrige Ueberlebende erwarten Brot und Schiffe. „In Palmi“, berichtet ein anderer Korrespondent desselben Blattes, „liegen seit vier Tagen 500 Leichen unbestattet, und der Ausbruch von Epidemien ist unermesslich.“

Nicht nur der Deputierte Colajanni, auch seine Kollege Marsese di Rugnano und verschiedene Journalisten behaupten, daß die italienischen Schiffe Flüchtlinge zurückgewiesen hätten, die dann von russischen Kreuzern aufgenommen wurden, auch über

Bureaukratische Verpöpfung.

Die sich in der Zurückweisung des vernünftigen Vorschlages des Bürgermeisters von Milazzo, Messina mit Lebensmitteln zu versorgen, äußerte, fallen sehr tabelworte. In Reggio ereignen sich zahlreiche Fälle, daß noch lebende Verwundete zwischen Trümmern ihrem Schicksal preisgegeben werden müssen, weil ihre Rettung noch schwere Unfälle verursachen würde. Diesen Verarmten wird sogar keine Nahrung gereicht, damit ihr Todesampf nicht länger andauere.

Umzeit Messina bei der Station Galati wurde ein Eisenbahnzug mit Nahrungsmitteln für Messina von einer hungrigen Volksmenge angefaßt und vollkommen ausgeplündert. Vier Finanzwächter suchten die Angreifer durch Schüsse abzuwehren, waren aber der Ueberzahl von mit Revolvern bewaffneten Männern gegenüber ohnmächtig.

Charakteristisch für die

Rekonstruktion und bureaukratische Bedanterie in der italienischen Marine sind die Erzählungen des offiziellen Journalisten Madala, des römischen Stadverordneten Rossi Doria und Deputierten Marsese di Rugnano, die alle darin übereinstimmen, daß die Pflicht der Regierung, den Menschenleben unter Berufung auf das Fehlen von höheren Aufträgen hinauszusetzen.

Der Ministerat beschloß, dreißig Millionen Lire vom Budgetüberschuß dem Notstandsgebiet zu widmen, zwei Prozent der Grundsteuer, das heißt acht Millionen jährlich, und fünf Centesimi für jedes Eisenbahnkilometer, das heißt weitere acht Millionen jährlich demselben Zwecke zuzuwenden. — In Rom wurde eine neue große Sammlung veranstaltet. Selbst Kinder der ärmsten Volksschichten brachten ihre kleinen Almosen. Die Königin-Mutter hat in ihrem Palast eine Werkstatt eingerichtet, wo Damen der Gesellschaft an der Herstellung von Kleidung für Flüchtlinge arbeiten.

An allen Orten des Unglücks sind die Hilfsmannschaften an der Arbeit. Die Transportschiffe verkehren jetzt ständig zwischen Neapel und den verschütteten Städten, um die Geretteten in Pflege und Obhut zu nehmen. Unter den Geretteten befindet sich auch der Deutsche Ludwig Fischer mit seiner Familie. Fast alle auf den Schiffen untergebrachten Verwundeten sind an Halskrankheiten und Lungenentzündung erkrankt. Dabei fehlt es auf den Dampfern an Wasser, Medikamenten und Lebensmitteln. Glücklicherweise ist auch ein Teil der Galle vom Hotel „Trinacria“ dem Untergang entgangen; sie sind jetzt nach Catania gebracht worden. Ferner sind gerettet die ganze Familie Gutmann, Fräulein Antonia, die Herren Mayer und Felix Schwenndt von der Berkli Schol und die Herren Vogelgang und Wilhelm Jensen. Viele, die aus den Trümmern hervorgeholt worden sind, klieben fast unverletzt und sobald sie wieder zu Kräften kommen, legen sie selber Hand an, um den im Trümmerhaufen Schmachtenden vielleicht noch den Weg zum Lichte zu bahnen. So wurde der amerikanische Bizekonsul Lupton von dem deutschen Ehepaar Sarau noch lebend aus zerfallenem Mauerwerk ausgegraben. Er hatte drei Tage unter den Trümmern gelegen.

Eine höchst seltsame Rettung

wird aus Palmi berichtet: Das im dritten Stock des Bahngeländes schlafende Kinder mädchen des Stationsheuses wurde von einer hausübigen Welle erfaßt und mit vier Kindern zwei Kilometer weit ins Feld hinausgetragen. Als sie zu dem Bahnhoff zurückkehrte, fand sie das Gebäude zerstört, die Herrschaft unter den Ruinen begraben. In Palmi liegen hundert Leiden auf dem Friedhof, die alle noch unberührt sind. Hunderte anderer Leiden liegen in den Gassen der Stadt und verpesten die Luft. Auf dem Hauptbahnhoffe liegt eine alte Frau, die mit ausgestreckten Armen die Leute anlockt. Sie ist mahnung; sie hat alle ihre Kinder verloren! Der Erzähler von Messina will noch immer nicht die Trümmer seines Palastes verlassen. Er sagt: „Ich muß sterben, wo meine Kinder gestorben sind.“

Die Behörden nehmen mit Sicherheit an, daß die Katastrophe noch weit mehr Menschenleben

gefoht hat, als bisher selbst die pessimistischsten Schätzungen angenommen haben. Verschiedene Berichterstatter haben die Umgebung von Messina und Reggio abgereist, und das Gesamtergebnis, das sich aus ihren Berichten ergibt, ist, daß vierundzwanzig Städte, viele Dörfer und sonstige Niederungen durch die Katastrophe fast vollständig zerstört worden sind. Nämlich Bagnara, Scilla, Villa San Giovanni, Canitello, Catona, Caglico, Billa San Geronimo, Palmi, Gerace, Gallina, Campo Calabro, San Roberto, Santo Stefano, Catolano, Bellaro Motte, Scargare, Saline, Montebello, Arzi, Reggio, Ignomia, Maropa, Sant' Eufemia und Seminara. Angehts dieser Nennenvermittlung tritt die Tatsache immer deutlicher in den Vordergrund, daß die italienischen Behörden nicht imstande sind, hier zuzuhelfen, da sie die Größe des Unglücks noch nicht erfaßt haben, lenkt würden sie nicht bloß eine Sandhaufen Soldaten geschickt haben, wo doch hunderttausend hilflose Hände voranden sind. Viel spricht man von der energischen Kurdtlosigkeit und Aufopferung, mit der die Mannschaften von

Kriegsschiffen sich an das Rettungswerk gemacht haben. Aber das sind fast ausschließlich ausländische Kriegsschiffe. Die englische Subskriptionsliste zugunsten der Opfer der Erdbebenkatastrophe erreichte nummehr 600 000 Mark. Der Herzog von Connaught landete dem Londoner Komitee eine Summe von 2000 Mark. — Die kretische Regierung hat 20 000 Francs für die Opfer des Erdbebens in Italien bewilligt. — Der Gemeinderat von Athen bewilligte für die Opfer des Erdbebens 10 000 Francs. — In Rom veranstaltete das Hilfskomitee in den Straßen der Stadt Geldsammlungen. In vielen Stellen sind schwarz umrahmte Maueranschläge angebracht worden, worin die Bewohner um Geldspenden ersucht werden.

Der Korrespondent des „Messagero“ in Messina empfiehlt die Ernennung des früheren Ministers R. Jorjona zum Gouverneur von Messina mit allen jenen und militärischen Vollmachten. — Die Blätter verzeichnen die Festnahme vieler Flüchtlinge in dem Erdbebengebiet, welche sich im Besitz größerer Geldbeträge befanden. Die Stadt Palermo hat alle öffentlichen Gebäude, Theater und Kasernen für Verletzte und Tüchtige zur Verfügung gestellt.

Letzte Nachrichten.

Die Verwertung der Diamanten von Süd-West.

Frankfurt (Main), 4. Jan. Nach einer Berliner Meldung der „Frankfurter Zeitung“ ist das Reichskolonialamt mit einer Gruppe von Finanziers, mehreren Großbankern, der deutschen Kolonial-Gesellschaft und der Südwestafrikanischen Gesellschaft zwecks Verlaufs der südwestafrikanischen Diamanten in Verbindung getreten.

Oesterreich und Serbien.

Wien, 4. Jan. Man glaubt, daß die Oesterreichisch-ungarische Regierung die provisorische Rede des serbischen Ministers Milosanic in der Skupstina nicht ohne weiteres hinnehmen werde. Diese Ansicht wird vom „Tremdenblatt“ bekräftigt, das schreibt, Milosanic würde erinnern werden, daß er nicht nur der leidende, sondern auch der verantwortliche Staatsmann sei und daß auch die Regierungen der Balkanstaaten endlich für ihre Handlungsweise das Gefühl der Verantwortlichkeit haben müßten.

Die Annahme des bulgarischen Kriegsbudgets.

Sofia, 4. Jan. Bei den Verhandlungen der Sobranje über das Kriegsbudget sagte Minister Manieff, die heutige Lage sei für den Frieden kritischer als bei Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges und des nagebontischen Aufstandes. Man müsse auf dem Balkan auf alles vorbereitet sein. Weiter heißt es in der Rede:

„Ich kann erklären, daß wir auch in diplomatischer Beziehung gut vorbereitet sind. Bulgarien hat trotz gewissen Vorurteilen mehr Freunde, als man anzunehmen geneigt ist.“

Die Sobranje nahm unter Beifall das Kriegsbudget an. Der Kriegsminister wird beglückwünscht. Unter anderen Neuerungen bringt es 4 Maschinengewehre für das Infanterie-Regt. Nr. 36.

Die Toten von Messina.

Neapel, 4. Jan. Der Präfect von Messina berichtete dem Minister des Innern, daß vier Fünftel der gesamten Bevölkerung, d. h. 120 000 Personen, ums Leben gekommen seien.

Die Hünen der Unglücksstädte

Neapel, 4. Jan. Aus Messina wird berichtet: Das Militär verhaftete 200 Mörder, die vor ein Stabsgericht gestellt und höchstwahrscheinlich insgesamt erschossen werden. — Die Ortschaft Gattina liegt vollständig in Trümmern; auch hier gab es zahlreiche Verletzte. — In Catania wurden bisher 300 Verwundete verbunden.

Konfessionswechsel einer evangelischen Prinzessin.

Frankfurt (Main), 4. Jan. Die Prinzessin Alfred von Solms-Braunfels, die seit mehreren Wintern in Rom weilte, ist zum Katholizismus übergetreten.

Schwere Unfälle beim Winterport.

München, 4. Jan. Im gelrigen Sonntag erlitten in der Umgebung von München beim Kodeln und Schlittschuhlaufen 8 Personen zum Teil schwere Verletzungen.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Rintmann; für das Fremden- und Verzeichnisse: Paul Schaumburg; für den Sonderbeilieg: Erwin Alexander-Drak; für den Inseraten- und Friederich Endrat; Druck und Verlag von Otto Henschel. Sämtlich in Halle a. S.

— Viele Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Statt jeder besonderen Meldung!
Am Sonnabend, den 2. ds. Mts., entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser lieber, guter Vater und Schwiegervater, der
Inspector der Königl. hiesigen Hagel-Versicherungsgesellschaft
Karl Briese.
Magdeburg, den 2. Januar 1900.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
 Johanna Briese geb. Dogetow.
Die Beerdigung findet am 6. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Neustädter Friedhofs aus statt.

